



## Gipfeltreffen EU-Ukraine: gemeinsame Fortschritte im Zeichen der Solidarität

Brüssel, 8. Juli 2019

Auf dem 21. Gipfeltreffen EU-Ukraine in Kiew haben die Europäische Union und die Ukraine heute ihre enge Partnerschaft und ihr gemeinsames Engagement für eine umfassende Reformagenda bekräftigt. Kommissionspräsident Jean-Claude **Juncker** und Donald Tusk, der Präsident des Europäischen Rates, vertraten die Europäische Union, die Ukraine wurde von ihrem Präsidenten Wolodymyr Selensky vertreten. Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Federica **Mogherini**, und der für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen zuständige Kommissar, Johannes **Hahn**, nahmen ebenfalls daran teil.

Präsident Jean-Claude Juncker äußerte sich wie folgt: *„Die Partnerschaft der Europäischen Union mit der Ukraine ist von Solidarität und Freundschaft geprägt. Sie entwickelt sich auch sehr gut. Gemeinsam haben wir in den vergangenen fünf Jahren größere Fortschritte erzielt als in den beiden Jahrzehnten davor. Die Ukraine hat sich zu ambitionierten Reformen verpflichtet. Die EU wiederum hat die Ukraine in beispielloser Weise finanziell und fachlich sowie mit autonomen Handelsmaßnahmen unterstützt. Zudem konnten bislang fast 3 Millionen Ukrainer ohne Visum in die EU reisen. Neben der weiterhin herrschenden Einigkeit bezüglich der Sanktionen zeigt dies, dass sich die EU genauso entschlossen wie bisher für die Ukraine einsetzt.“*

Der vollständige Wortlaut der Ausführungen Präsident Junckers auf der gemeinsamen Pressekonferenz ist [hier](#) abrufbar.

Die Europäische Union und die Ukraine haben sich auf eine [gemeinsame Erklärung](#), verständigt, die für die Fülle an Themen auf der bilateralen Agenda steht.

### **EU stellt weitere 119 Mio. € für eine verantwortungsvolle und effiziente Staatsführung in der Ukraine bereit und verstärkt ihre Unterstützung für die Region Asowsches Meer**

Auf dem Gipfel wurde anerkannt, dass die Ukraine erhebliche Fortschritte mit ihrem Reformprozess erzielt hat. Gleichzeitig herrschte Einigkeit darüber, dass diese Bemühungen, insbesondere bei der Korruptionsbekämpfung, schneller vorangetrieben werden müssen. Die EU zeigt sich eindeutig solidarisch mit der Ukraine, die im östlichen Landesteil und auch in der Region um das Asowsche Meer ständig mit Herausforderungen konfrontiert ist.

Am Rande des Gipfeltreffens verabschiedete die Kommission neue Maßnahmen, um die Dezentralisierung, die Korruptionsbekämpfung, die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft und eine verantwortungsvolle und effiziente Staatsführung in der Ukraine zu fördern, um die humanitäre Situation zu entspannen und mehr wirtschaftlichen Möglichkeiten für die Bewohner der Region um das Asowsche Meer zu schaffen.

Das Paket wird Programme für **Dezentralisierung** (ausgestattet mit 40 Mio. €) und **Korruptionsbekämpfung** (mit 15 Mio. € dotiert) umfassen, ferner ein Programm über 10 Mio. € zur **Unterstützung der Zivilgesellschaft** sowie ein Programm über 44 Mio. € zur **Förderung wichtiger Reformen und zur Umsetzung des Assoziierungsabkommens und der vertieften und umfassenden Freihandelszone**. Die Unterstützung von Antikorruptionsmaßnahmen und Dezentralisierungsreformen sind ein zusätzlicher Beitrag zu den bereits erfolgreich laufenden, richtungsweisenden EU-Programmen („U-LEAD with Europe“ und EU-Initiative zur Bekämpfung der Korruption (EUACI)).

Vollständiger Wortlaut der Pressemitteilung: [Gipfeltreffen EU-Ukraine: EU stellt weitere Unterstützung für die Dezentralisierung, die Korruptionsbekämpfung, die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft und eine verantwortungsvolle und effiziente Staatsführung in der Ukraine bereit](#)

Die Kommission sah ferner Mittel für zusätzliche Maßnahmen in der Größenordnung von 10 Mio. € vor, mit denen die **Diversifizierung der lokalen Wirtschaft, kleine Unternehmen, die Zivilgesellschaft vor Ort und die Beteiligung der Bürger an der Entscheidungsfindung sowie die Verbesserung der kommunalen Sicherheit und der öffentlichen Sicherheit im Asowschen Meer** unterstützt werden sollen. Durch diese weitere Hilfe werden Auswirkungen der destabilisierenden Maßnahmen Russlands im Asowschen Meer auf die Wirtschaft und die Gemeinschaften vor Ort abgemildert.

Die EU unterstützt Projekte zur **Eindämmung der von Minen ausgehenden Gefahren sowie psychosoziale Maßnahmen**. Weitere Mittel sind für Darlehen in lokaler Währung für Klein- und Kleinstunternehmen vorgesehen, damit Unternehmer vor Ort Investitionen tätigen können. Im Rahmen der neuen Maßnahmen wurde auch die Präsenz der EU durch ein ständiges Programmbüro in Mariupol verstärkt, was insbesondere der Dezentralisierung und der Korruptionsbekämpfung in der Region zugutekommt.

Vollständiger Wortlaut der Pressemitteilung: [EU verstärkt ihre Unterstützung für die Region Asowsches Meer](#)

### **Unterstützungsmaßnahmen als Reaktion auf den Konflikt**

Die Europäische Union bekräftigte ihre unverbrüchliche Unterstützung für die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine. Die EU setzt ihre Politik der Nichtanerkennung der rechtswidrigen Annexion der Krim und Sewastopols durch die Russische Föderation, auch durch **restriktive Maßnahmen**, fort. Die Europäische Union erwartet von Russland die unverzügliche Freilassung von 24 ukrainischen Soldaten, die im November 2018 gefangen genommen wurden, sowie die Herausgabe ihrer Schiffe. Auch alle rechtswidrig inhaftierten ukrainischen Staatsangehörigen auf der Halbinsel Krim und in Russland sollen ohne weiteren Aufschub freikommen.

Darüber hinaus stockt die EU die **humanitäre Hilfe** auf, um für die hilfsbedürftigsten Menschen in der Ukraine zusätzliche Mittel in Höhe von 17,7 Mio. € für grundlegende Unterstützung (Gesundheitsversorgung, Instandsetzung von Unterkünften, Wasserversorgung, Bargeldtransfers und Projekte zur Bildung in Notsituationen) zur Verfügung zu stellen. Die gesamte humanitäre Hilfe der EU wird unparteiisch und unabhängig entlang der Konfliktlinie und in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten geleistet. Insgesamt beläuft sich somit die humanitäre Hilfe der EU für die Ukraine auf 133,8 Mio. €.

### **Makrofinanzhilfe für die Ukraine**

Wie beide Parteien auf dem Gipfel betonten, ist es für die Ukraine von großer Bedeutung, die makroökonomische Stabilität zu sichern und das Programm des Internationalen Währungsfonds auf Kurs zu halten. Im Rahmen des derzeitigen Makrofinanzhilfeprogramms, des vierten seiner Art, unterstützte die Europäische Kommission die Ukraine im Dezember 2018 mit einem Betrag von 500 Mio. €. Mit dieser Auszahlung hat die gesamte Makrofinanzhilfe, die von der EU seit 2014 an die Ukraine vergeben wurde, 3,3 Mrd. € erreicht. Kein anderes Nicht-EU-Land erhielt jemals eine derart hohe Finanzhilfe. Die EU ist bereit, die zweite Tranche (500 Mio. €) des derzeitigen Makrofinanzhilfeprogramms auszuzahlen, sobald die Ukraine die vereinbarten, damit verknüpften Reformmaßnahmen umgesetzt hat.

### **Zusammenarbeit in einzelnen Sektoren**

Auf dem Gipfel wurde die Annahme des aktualisierten, dem Thema Energie gewidmeten Anhangs des Assoziierungsabkommens begrüßt. Darin sind bisherige EU-Rechtsvorschriften aufgeführt, bei denen die Ukraine eine Angleichung zugesagt hat. Dies wiederum wird der schrittweisen Marktintegration und der Energieversorgungssicherheit förderlich sein.

Die Europäische Kommission wird angesichts der Verpflichtungen, die von der Ukraine im Rahmen des **Telekommunikations**anhangs des Assoziierungsabkommens eingegangen wurden, ein Team zur Bewertung der gesetzgeberischen und institutionellen Kapazitäten der Ukraine entsenden.

Seit die Bestimmungen der **vertieften und umfassenden Freihandelszone** angewendet werden, also seit Januar 2016, hat der bilaterale Handel um 49 % zugenommen. Zusätzlich zu den im Rahmen der vertieften und umfassenden Freihandelszone vorgesehenen Maßnahmen haben die autonomen Handelsmaßnahmen für die Ukraine, die seit Oktober 2017 für verschiedene ukrainische Industrie- und Agrarerzeugnisse in Kraft sind, den Zugang zum EU-Markt für ukrainische Exporteure verbessert.

Im Einklang mit der zunehmenden Beteiligung der Ukraine an EU-Programmen zählt die Ukraine nun zu den Ländern in der Region der Östlichen Partnerschaft, die am stärksten vom Programm **Erasmus+** profitieren.

Die Teilnehmer des Gipfeltreffens brachten auch zur Sprache, dass in der Ukraine der unverhältnismäßige Einfluss von Einzelinteressen im **Medien**sektor bekämpft werden muss. Die EU hob die wichtige Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks bei der Bereitstellung unabhängiger Medieninhalte hervor, und betonte, dass er unbedingt ausreichende Ressourcen erhalten muss.

### **Weitere Informationen**

[Ausführungen des Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, auf der gemeinsamen Pressekonferenz anlässlich des Gipfeltreffens EU-Ukraine](#)

[EU verstärkt ihre Unterstützung für die Region Asowsches Meer](#)

[Factsheet über die Unterstützung der EU für die Region Asowsches Meer](#)

[EU stellt weitere Unterstützung für die Dezentralisierung, die Korruptionsbekämpfung, die Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft und eine verantwortungsvolle und effiziente Staatsführung in der Ukraine bereit \(Website des Gipfeltreffens EU-Ukraine\)](#)

[Factsheet über die Beziehungen EU-Ukraine](#)

[Website der EU-Delegation in der Ukraine](#)

[Website der Unterstützungsgruppe der Europäischen Kommission für die Ukraine](#)

[Website zu den Handelsbeziehungen EU-Ukraine](#)

IP/19/3810

Kontakt für die Medien:

[Natasha BERTAUD](#) (+32 2 296 74 56)

[Maja KOCIJANCIC](#) (+32 2 298 65 70)

[Adam KAZNOWSKI](#) (+ 32 2 298 93 59)

[Alceo SMERILLI](#) (+ 32 2 296 48 87)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)

Related media

 [Visit by Jean-Claude Juncker, President of the EC, to Ukraine](#)